

MAMMERENT

Rententisch gekippt

Die Familienpolitik verabschiedet sich von der "Mammerent". In Zukunft soll diese aus der Rentenkasse gezahlt werden. Die Koalitionsentscheidung ist sehr umstritten, auch in den Reihen der LSAP.

"15 Prioritäten für Luxemburg, 15 konkrete Gründe, LSAP zu wählen" titelt ein Wahlzettel der LSAP im Frühjahr dieses Jahres. "Mammerent für alle" steht unter Punkt 7 - fettgedruckt. Noch sind die Sozialisten nicht im Amt, aber dieses Ziel haben sie bereits verfehlt. Laut Gesetz sollen Mütter auch in Zukunft nicht gleich Mütter sein - zumindest was den Anspruch auf den "Forfait d'éducation", die so genannte "Mammerent", betrifft. Das ist ein Ergebnis der Koalitionsverhandlungen zwischen CSV und LSAP. Immerhin, die Zahl derer, die für ihre Kindererziehung entlohnt werden, steigt. Diejenigen, die bisher leer ausgingen und deren Altersbezug unter dem Mindestlohn liegt, sollen in Zukunft 70 Prozent bekommen - ebenso wie Zwei-Personen-Haushalte, deren Monatseinkommen unter dem 1,3-fachen des Mindestlohns liegt.

"Ich bin jetzt eine 70-prozentige. Warum macht man uns zu Müttern zweiter Klasse?", fragt Anne-Marie Speltz. Seit Monaten kämpft sie dafür, dass alle Mütter den gleichen Betrag als Erziehungszulage bekommen. "Wenn zu wenig Geld da ist, dann sollen sie eben allen weniger geben, aber allen das Gleiche." Diejenigen, die jetzt im Monat genau den Mindestlohn bekämen, blieben auch in Zukunft ausgeschlossen.

Bis Ende Juni diesen Jahres hat der Fonds Nationale de Solidarité 36.336 Anträge auf

die Erziehungszulage bearbeitet, elf Prozent der AntragstellerInnen gingen dabei leer aus und 6,5 Prozent steht nur eine gekürzte Mammerent zu. Zu ihnen zählt auch Anne-Marie Speltz. Die dreifache Mutter bekommt nicht mal drei Euro monatlich. Der volle Betrag für drei Kinder liegt aber bei rund 240 Euro. Bisher wird der jedoch nur ausbezahlt, wenn die Mutter

oder der Vater weder Minimalrentenzuschuss aufgrund von Erziehungszeiten bekommt, noch RMG-EmpfängerIn ist. "Ohne ihre Kinder hätten heute viele gar kein Recht auf Rente", sagt Claude Schranck, Administrateur beim Fonds Nationale de Solidarité. Und damit ist für ihn die Kürzung der Erziehungszulage auch gerechtfertigt.

Wenn das Gesetz zur Mammerent geändert wird, müssen er und seine KollegInnen Tausende Fälle neu aufrollen. "Wer dann wie viel bekommt, kann keiner abschätzen", erklärt der Administrateur. Bislang ging es immer nur um die Renten einzelner. Jetzt

aber gehe es um das Einkommen von Haushalten.

Der "Forfait d'éducation" soll in Zukunft aus den Rentenkassen gezahlt werden - ausgenommen bleiben nur diejenigen, die im öffentlichen Dienst angestellt waren. Die ursprüngliche Vereinbarung zur Finanzierung der "Mammerent" ist damit vom (Renten)-Tisch. Dort wurde die Erziehungszulage vor drei Jahren nämlich abgesegnet, weil sie wie das Kindergeld aus dem Haushalt finanziert werden sollte.

"Das finde ich unverschämte. Aus dem Rentenbudget soll jetzt etwas gezahlt werden, das gar nichts mit 'Arbeit' zu tun hat", erklärt Karin Manderscheid von Déi Gréng. Die Leidtragenden seien diejenigen, die in die Rentenkassen eingezahlt hätten.

Die Grünen waren schon immer gegen die "Mammerent". "Man hätte sie nie einführen sollen, sondern über Individualisierung ein Mindestrecht auf Rente für jeden vorsehen sollen", sagt die Grünen-Politikerin. Idee dahinter ist: Diejenigen, die mit Arbeitsjahren und Erziehungsjahren nicht auf die notwendigen zehn Jahre für eine Mindestrente kommen, sollen sich über Nachzahlungen die fehlenden Jahre für einen Rentenanspruch erkaufen können. Momentan bekommen sie nur die Erziehungszulage. Das sind pro Kind derzeit 80,76 Euro im Monat - für eine Altersversorgung also viel zu wenig.

Déi Lenk lehnen die Mammerent aus den gleichen Gründen ab. Aber wenn es sie schon gibt, dann "soll sie auch ins Rentensystem integriert werden", erklärt Thérèse Gorza. Die Rentenkasse beruhe schließlich auf

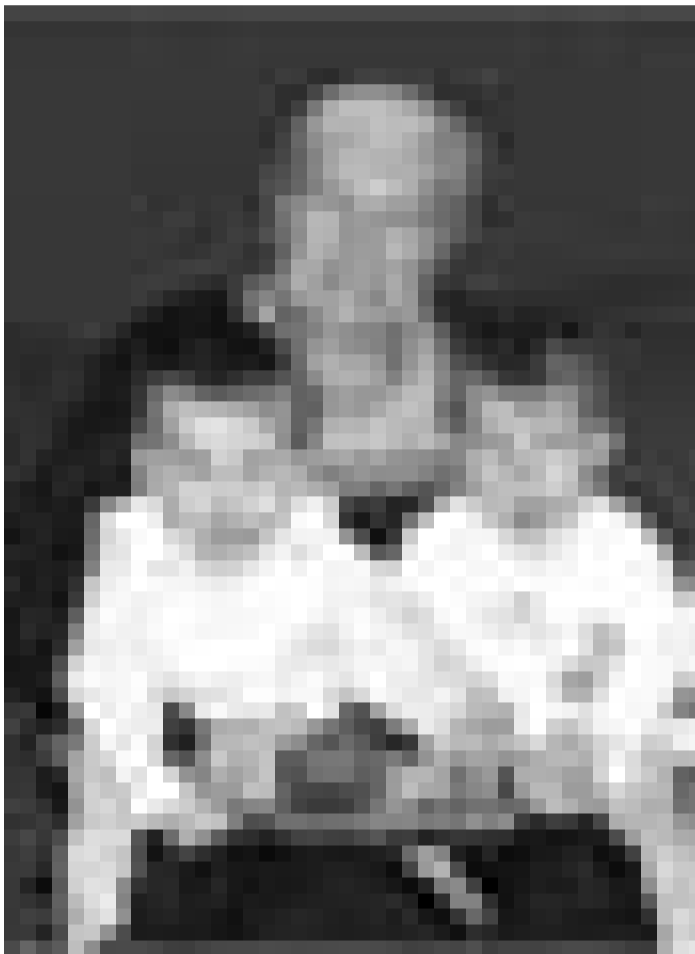
dem Prinzip der Solidarität: Jüngere zahlen für Ältere.

Der Finanzierungsplan ist sehr umstritten. Déi Gréng stellen sich hier auf eine Seite mit DP, ADR und den Gewerkschaften. Die DP spricht von "Rentenklaue", der ADR vom "Kniefall der LSAP" und der OGB-L vom "Ausverkauf der Pensionskassen", die eine zusätzliche Belastung von rund 370 Millionen Euro in den kommenden fünf Jahren nicht verkraften könnten.

Das "Tageblatt" geht noch weiter. Die "Mammerent" sei ein "Erpressungsmanöver" der CSV. Premierminister Jean Claude Juncker habe demnach erklärt: Eine Koalition mit seiner CSV werde es nur geben, wenn die "Mammerent" in Zukunft aus der Pensionskasse bezahlt werde.

Zu den Vorwürfen wollten sich bis Redaktionsschluss weder LSAP noch CSV öffentlich äußern. Feststeht aber, dass die LSAP keinesfalls geschlossen hinter dem Kompromissvorschlag steht. LSAP-Generalsekretär und Verhandlungsteilnehmer Lucien Lux erklärte laut "Tageblatt", dass es sich um eine zeitlich begrenzte Maßnahme handle. Die jungen Frauen würden später in den Genuss der Babyjahre kommen. Das klingt fast wie eine Entschuldigung. In einem offenen Brief an Marie-Josée Jacobs hatte er noch im vergangenen Jahr gefordert: "Eine integrale Mammerent für alle Mütter!" Das Ziel hat er nicht erreicht - aber die CSV kommt zumindest einigen KleinrentnerInnen entgegen.

Stephanie Zeiler



Neue Chance auf eine Mammerent: Aber beim Fonds National de Solidarité bekommt Oma noch keine Auskunft.

WERTEUNTERRICHT

Bresche für den Laizismus

Die Einführung eines Werteunterrichts anstelle von Laienmoral und Religion ist eine fortschrittliche Maßnahme. Die Begeisterung der LaizistInnen dürfte sich dennoch in Grenzen halten.

(RK) - Jean-Claude Juncker hat es wieder einmal geschafft. Wie seine beiden vergangenen Amtszeiten als Premier läutet er auch diese mit einer Ankündigung ein, die von den fortschrittlichen Kräften seit Jahren erwartet wurde. 1995 hatte er das Frauenministerium aus der Taufe gehoben, 1999 sein Jawort zu einem Lebenspartnerschaftsgesetz auch für Homosexuelle gegeben. Diesmal ist es die Einführung eines Werteunterrichts, mit der er punktet. Solche Maßnahmen lassen einerseits die ehemals als fortschrittlich oder zumindest aufgeschlossene Partei erscheinen. Andererseits besetzt Jean-Claude Juncker damit ein Terrain, auf dem sich andernfalls die LSAP profilieren könnte.

Im Fall des Werteunterrichts handelt es sich eigentlich um eine rein sozialistische Forderung - das CSV-Wahlprogramm schweigt sich zur Frage des Religions- und Moralunterrichts aus. Das

hinderte Jean-Claude Juncker nicht daran, sich die Forderung zu eigen zu machen. "Ich habe als Formateur vorgeschlagen, im Rahmen eines Pilotprojekts Moral- und Religionsunterricht durch einen einheitlichen Werteunterricht zu ersetzen", so der Premier bei der Vorstellung der Ergebnisse der Koalitionsgespräche am vergangenen Montag. In diesem neuen Fach sollen alle Religionen und "andere Welterklärungen" vorgestellt werden, mit besonderem Akzent auf die in Luxemburg vertretenen Gemeinschaften.

Werte für alle

Als Modell für einen solchen Unterricht könnte LER dienen - das 1996 flächendeckend in Brandenburg eingeführte Pflichtfach "Lebenshilfe - Ethik - Religion". Dort befassen sich die SchülerInnen mit Fragen der Lebensgestaltung, mit ethischen Kategorien, Normen und Vorstellungen und erhalten Einblick in religionskundliche Inhalte. Weil LER den Religionsunter-

richt im Stundenplan ersetzte, waren die Kirchen vor das deutsche Verfassungsgericht gezogen. Mit mäßigem Erfolg: In Brandenburgs Stundenplänen ist LER weiterhin die Regel, Religionsunterricht dagegen die Ausnahme.

In Luxemburg wird der Werteunterricht erst einmal versuchsweise an einer Schule eingeführt. Jean-Claude Junckers Vorstoß hat, wie zuvor in Sachen Frauen- und Familienpolitik, präventiven Charakter. Indem die CSV solche Themen aufgreift, behält sie die Entwicklungen unter Kontrolle. Die Gestaltung des Werteunterrichts hat der Premier vorsorglich aus dem - den Sozialisten zugeordneten - Schulressort herausgelöst und ins Staatsministerium verfrachtet.

Auch andere Überlegungen dürften die Begeisterung der LaizistInnen über die Ersetzung des Religionsunterrichts durch ein neutrales Fach dämpfen. Folgt man Jean-Claude Junckers Ausführungen, so wird der Werteunter-

richt, viel Religionskunde aber wenig anders geartete Werte vermitteln. Wenn keine geeigneten pädagogischen Konzepte dafür ausgearbeitet werden, riskiert der Unterricht sogar, sich auf das Auswendiglernen von Religionsgeschichte und ethischen Prinzipien zu beschränken. Schließlich: Wer soll das Fach unterrichten? Möglicherweise die zahlreichen, gut ausgebildeten und derzeit unterbeschäftigten KatechetInnen. Was wie die Abschaffung des Religionsunterrichts aussieht, würde damit zur Farce werden.

Der andere Pluralismus

Dennoch, die Einführung des Werteunterrichts schlägt eine Bresche in die Mauer des "Katholische SchülerInnen brauchen katholischen Unterricht"-Diskurses von Kirche und CSV. Statt eines Pluralismus nebeneinander, bei dem die Eltern - LaizistInnen inbegriffen - ihre Kinder vor den jeweils anderen Weltanschauungen zu schützen versuchen, steht das neue Fach für Pluralismus miteinander.

Fraglich ist nur, ob die KirchenkritikerInnen und LaizistInnen ihre Chance zu nutzen wissen. Seit 20 Jahren spricht sich "Liberté de conscience" kategorisch gegen jede Art

von Werteunterricht in der Schule aus. Ein solcher Unterricht könne niemals wertneutral sein, so die radikalen LaizistInnen. Deshalb fordern sie die Wiedereinführung der Mitte der 80er Jahre abgeschafften so genannten Dritten Option. Dabei können sich die SchülerInnen neben dem Religionsunterricht und der Laienmoral für eine Dispens entscheiden. Diese Haltung erklärt, dass die laizistischen Kreise hierzulande die Laienmoral jahrelang sich selbst überlassen haben, während die katholische Kirche viel Energie in die Modernisierung ihres Unterrichts steckte.

Die neue Regierung führt ein Unterrichtsfach ein, das langfristig die Religion aus den Schulen verdrängen könnte - das erklärte Ziel aller LaizistInnen. Doch es fehlen ihnen sowohl die personellen Ressourcen als auch die ideologische Bereitschaft, diese Möglichkeit zu nutzen.

